

Die in der Anfrage formulierten Fragen werden von der Verwaltung wie folgt beantwortet:

Zu 1. Der Verwaltung sind keine Flächen bekannt, die im Umfeld des Bahnhofs Industriepark für die Ansiedlung eines Fernbusses geeignet wären. Die Flächen der P+R-Anlage kommen nicht in Frage, da sie den Nutzern des SPNV vorbehalten bleiben soll.

Zu 2. Der Verwaltung sind keine Flächen bekannt.

Zu 3. Es wurde in einem Fall mit einem privaten Grundstückseigentümer über das Thema gesprochen. Das Gespräch zielte jedoch mehr auf die Frage, ob auf der Fläche ggf. auch Fahrzeuge gewartet/ abgestellt werden können/ dürfen.

Die Verwaltung wird keine Gespräche mit der Stadt Bonn führen, da wohl kaum davon auszugehen ist, dass die Stadt Bonn bzw. die privatwirtschaftlich organisierten Busunternehmen ein Interesse daran haben, den Ziel- bzw. Abfahrtsort von Bonn zugunsten von Meckenheim aufzugeben.

Zu 4. Da es sich bei der Beschaffung, Bereitstellung und Unterhaltung von Flächen für die Errichtung einer Fernbushaltestelle nicht um Pflichtaufgaben handelt, sieht die Verwaltung hier keinen Handlungsspielraum.

Darüber hinaus erläutert die Verwaltung, dass die Stadt nicht für die Zulassung von Fernbuslinien bzw. -haltestellen zuständig sei. Die Bezirksregierung vergibt die Lizenzen an Unternehmen auf Antrag. Bisher gibt es keine Lizenzen in Kommunen in einer Größenordnung von Meckenheim. Nach Aussagen des Mitarbeiters der Bezirksregierung werden Haltestellen in Köln und Bonn außerhalb der Hauptbahnhöfe nicht von den Kunden angenommen. Bisher ist noch kein Fernbusunternehmen an die Stadt herangetreten. Sollte jemand das Interesse haben, eine Fernbushaltestelle in Meckenheim einzurichten, wären in dem Lizenzierungsverfahren u.a. die Themen Halte- und Pausenbereiche, An- und Anfahrtswege und Parkmöglichkeiten zu klären.

Der Ausschuss diskutiert die Idee kontrovers. Es wird vom Ausschussmitglied Herrn Krüger und vom Ausschussvorsitzenden vorgeschlagen, dass die Wirtschaftsförderung der Stadt dieses Thema aufgreifen und Kontakt zu Unternehmen aufnehmen soll. Ausschussmitglied Frau Heymann empfiehlt, dass die Ausschussmitglieder sich zunächst selbst zu diesem komplexen Thema informieren, bevor die Verwaltung tätig wird.